

Kommentar

Give Peace a Chance

von R. Cheran und Walter Keller

Chandrika Kumaratungas Weg zur politischen Spitze war sicherlich eher ein Gebirgspfad als ein leichter Weg. Mit dem Gedankengut des Sozialismus an der Sorbonne in Paris in Berührung gekommen und gleichsam politisch sozialisiert, wurde sie bald darauf von ihrer Mutter und damaligen Premierministerin, Sirimavo Bandaranaike, zur Vorsitzenden der Landreformkommission berufen. Trotz der guten Arbeit, die sie in den Regierungsjahren der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) zwischen 1970 bis 1977 leistete, drohte der Traum vom Sozialismus, für dessen Verwirklichung die SLFP mit ihren anderen Koalitionspartnern eintrat, frühzeitig zu Ende zu gehen, da das auf Importsubstitution ausgerichtete Wirtschaftsprogramm nicht griff.

Nachdem sie sich für Jahre aus dem politischen Geschäft zurückgezogen hatte, trat sie erst wieder mit ihrem Ehemann Vijaya Kumaratunga, dem zum Politiker gewordenen ehemaligen Schauspieler, ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Die Hochzeit zwischen den beiden war recht unkonventionell, ignorierte sie doch alle bestehenden Klassen- und Kastenbarrieren.

Der unter Sirimavo Bandaranaike zu einer starken Politikerpersönlichkeit heranreifende Vijaya verließ später die SLFP wegen des stärker werdenden rassistischen, gegen die Minderheiten gerichteten, Flügels innerhalb dieser Partei, um schließlich mit seiner Frau Chandrika die 'Sri Lanka Mahajana Party' (SLMP) zu gründen. Die beiden waren dann auch die ersten sinhalesischen Politiker, die 1984 alle tamilischen



Die obdachlose Frau, die in einer mit Plakaten gepflasterten Bushaltestelle "lebt", scheint der Wahlausgang nicht zu interessieren (Foto: Walter Keller)

Führer in ihrem Exil im südindischen Madras trafen und sich ein Jahr später zu Gesprächen mit der LTTE nach Jaffna begaben. Seit der Ermordung Vijayas 1988 - mutmaßlich durch die sinhalaische 'Janatha Vimukti Peramuna' (JVP) - trägt Chandrika die alleinige Last der progressiven, auch die Interessen der Minderheiten berücksichtigenden Politik - nun wieder innerhalb der SLFP, der Partei ihrer Mutter, zu der sie - im Gegensatz zu ihrem Bruder Anura - zurückkehrte. Ihr Aufstieg ging jetzt schnell voran: Innerhalb der Partei avancierte sie zur stellvertretenden Parteivorsitzenden; nach dem Wahlsieg der SLFP in der Westprovinz wurde sie zur 'Chiefministerin' des Regionalparlaments bestellt.

Der große Vorteil der neuen Regierung unter Chandrika Kumaratunga ist, daß ihre Mitglieder unbelastet sind. Die Greuelthaten der Vergangenheit sind weder der neuen Premierministerin noch ihrem Kabinett anzulasten. Ein weiterer Vorteil der Regierung liegt in dem Mandat begründet, daß ihr von den Wählern gegeben wurde. Noch nie hat eine Regierung den Auftrag bekommen, den Krieg im Nordosten zu beenden und eine tragfähige Lösung im sogenannten Volksgruppenkonflikt herbeizuführen. So klar sich die Wählerschaft für Chandrika ausgesprochen hat, so entschieden votierte man gegen den in der Vergangenheit hochgehaltenen sinhalaisch-buddhistischen Chauvinismus. Keine der in dessen Namen zur Wahl angetretenen Parteien konnte einen Sitz erringen. Weder die bisher im Parlament vertretene 'Mahajana Eksath Peramuna' (MEP) noch die erstmals angetretene offen rassistische 'Sinhala Mahasammatha

Bhoomiputra Party' (SMBP), die der tamilischen Gemeinschaft Sri Lankas die Bürgerrechte entziehen möchte, sind im neuen Parlament vertreten. Die SMBP errang in der Südprovinz - und nur dort trat sie an - ganze 267 Stimmen!!

Friedenslösung für den Nordosten

Es ist vor allem die neue Premierministerin, die nun ganz besonders daran gemessen wird ob sie schafft, eine Friedenslösung für die überwiegend von Tamilen besiedelten Landesteilen zu initiieren. Einige wichtige Entscheidungen in dieser Richtung wurden bereits getroffen. So unterliegt die Halbinsel Jaffna nicht länger einem weitgefaßten Wirtschaftsembargo; viele der Güter, die bisher nicht in das von der LTTE kontrollierte Gebiet transportiert werden durften, wurden von der Verbotsliste gestrichen. Für die Landesteile außerhalb des Nordostens gelten ab sofort die Notstandsverordnungen nicht mehr, die Polizei und Streitkräften weitgefaßte Vollmachten zugestanden. Ein Untersuchungsausschuß soll darüberhinaus jetzt prüfen, was mit tausenden von Langzeithaftierten geschehen soll. Diese sitzen aufgrund des Anti-Terrorismusgesetzes bzw. der Notstandsverordnungen teilweise schon seit Jahren ohne Anklage und Gerichtsverfahren in Haft.

Der Führer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, hat die Initiativen der neuen Regierung begrüßt und mit der Freilassung von zehn inhaftierten sinhalaischen Polizisten (von insgesamt etwa 40 festgehaltenen Soldaten und Polizisten) reagiert. Als eine der nächsten



Wie werden sich die LTTE und ihre Kader angesichts der Verhandlungsangebote der neuen Regierung verhalten (Foto: LTTE)

Schritte der neuen Führung wird die Wiederherstellung der Elektrizitätsversorgung auf Jaffna erwartet; die Halbinsel ist seit über vier Jahren ohne Strom.

Es gibt also Gründe für Euphorie und vorsichtigen Optimismus. Aber es bleiben große Fragezeichen. "Es wird einen Waffenstillstand geben. Es wird zu Verhandlungen kommen. Entscheidend ist jedoch, wie die LTTE sich den Veränderungen gegenüber verhält", so K. Sivathamby, Professor an der Jaffna Universität. Sivathamby, der weithin als inoffizieller Sprecher der NGO-Gemeinschaft Jaffnas gilt, ist in seinem Optimismus noch vorsichtig. Er verweist auf die Tatsache, daß die neue Administration bisher nichts Konkretes angeboten hat.

Trotz aller Reserviertheit: Zum ersten Mal nach Jahrzehnten des Blutvergießens sitzt in Colombo ein Regime, welches ausdrücklich eine politische Lösung will. Dieses Versprechen ist untrennbar mit der neuen Premierministerin verbunden. Die entscheidende Frage lautet nun: Ist die LTTE zu Verhandlungen mit der neuen Regierung bereit? Verfolgt man die offiziellen Erklärungen der LTTE, so besteht kein Zweifel am Interesse an Verhandlungen. Doch die Angelegenheit ist komplizierter. So mancher führende Vertreter der LTTE zieht eine föderale Lösung des Tamilenproblems in Erwägung und versucht die Forderung nach einem unabhängigen Staat, 'Tamil Eelam', dadurch zu relativieren, daß man ihr Entstehen auf eine bestimmte Situation zurückführt. Sollte sich die Situation ändern - und Vieles spricht dafür - besteht nach Meinung eines Teils der LTTE-Führung auch kein Grund mehr, die Maximalforderung beizubehalten.

Die Gesinnung innerhalb der LTTE sowie deren innere Struktur könnten jedoch einen Strich durch die Rechnung machen. Tausende von LTTE-Kämpferinnen und Kämpfern haben ihr Leben im Kampf gegen die Regierung und für die Schaffung eines eigenen Tamilenstaat gelassen. Für Kompromisse besteht wenig Raum. Führer der LTTE laufen nun Gefahr, Opfer ihrer eigenen Erklärungen zu werden. LTTE-Führer Prabhakaran selbst hat in der Vergangenheit immer klargestellt, daß jeder, der den unabhängigen Staat 'Tamil Eelam' in Frage stellt, mit dem Tod bestraft wird. Er schloß sich selbst mit ein. Wird Prabhakaran nun Opfer seiner eigenen Aussagen?

Der Erfolg der Regierungsinitiative hängt nicht zuletzt davon ab, ob es ihr gelingt, Prabhakaran aus dieser Zwangslage zu befreien. Daß zumindest Teile der LTTE nicht an einer Friedenslösung interessiert sein könnten verdeutlicht ein Vorfall, der schwerwiegende Konsequenzen haben könnte, unterminiert er doch die Anstrengungen der Regierung: Bei einem Anschlag auf ein Marineboot durch mutmaßliche LTTE Kämpfer sind am 19. September zwischen 25 und 50 Marinesoldaten ums Leben gekommen.

Letzte Chance auf Lösung

Es bleibt zu hoffen, daß alle betroffenen Akteure diese womöglich letzte Chance wahrnehmen, eine friedliche Lösung des Volksgruppenkonfliktes herbeizuführen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß ein echter Waffenstillstand, ein Ende der Feindseligkeiten, auch die Gewalt der Tamilen untereinander einbeziehen muß. Hinter Sri Lanka liegt eine bittere und blutige Vergangenheit, in der Waffenstillstände u.a. bedeuteten, daß die LTTE Opponenten aus dem tamilischen Lager sowie Andersdenkende umbringen konnte. Dies darf sich nicht wiederholen.

Eine Schlüsselposition bei der Suche nach einer Lösung des Tamilenkonflikts soll das neue Ministerium für ethnische Angelegenheiten und nationale Integration einnehmen, dem die Premierministerin selber vorsteht. Die Regierung hat Forschungsinstitutionen, wie das 'International Centre for Ethnic Studies' (ICES) und die 'Social Scientists Association' (SSA) sowie andere Nicht-Regierungsorganisationen gebeten, bei der Formulierung und Implementierung einer politischen Lösung mitzuhelfen. Dies zeigt nachdrücklich den Wandel in Politik und Problemlösungsansatz.

Weitere Maßnahmen

Die Rückkehr einer intellektuellen Schicht in die politische Entscheidungsmechanik ist ein weiteres wichtiges Erkennungsmerkmal der jetzigen Regierung. Chandrika möchte 'Transparenz', 'Berechenbarkeit' und eine 'saubere Verwaltung' zu Markenzeichen ihrer Politik machen. Und es bewegt sich etwas! Die während der Zeit der UNP vorgenommenen 'politischen Ernennungen' sind rückgängig gemacht worden. Die neuen Ernennungen sollen vor allem nach dem Leistungsprinzip erfolgen. Eine neue Kommission wurde einberufen, um Bestechungs- und Korruptionsdelikten auf den Grund zu gehen. Schließlich sind alle Armeeoffiziere über 60 Jahre aufgefordert worden, in den Ruhestand zu treten. Dieser Schritt dient dazu, die 'alten Freunde' des UNP-Regime's aus den einflußreichen Stellen zu bugsieren.

Mitglieder des 'Free Media Movement' (FMM), das in vorderster Front gegen das UNP-Regime agierte und für mehr Demokratie eintrat, sind eingeladen worden, die staatlich kontrollierte 'Lake House' Zeitungsgruppe zu leiten. Die meisten haben zwar dankend abgelehnt, dennoch ist ein führendes FMM-Mitglied, Ajith Samaranayake, jetzt Herausgeber der ehemals so regierungsfreundlichen (und deshalb kaum lesenswerten) Tageszeitung 'Daily News'. Zufrieden kann man seitens des 'Free Media Movement' nun feststellen, daß Themen wie Pressefreiheit an die Spitze der politischen Agenda der neuen Regierung gerückt sind. Abzuwarten ist jedoch die Haltung der Regierung in bezug auf die staatlich kontrollierten Medien wie der Rundfunk- und Fernsehanstalten 'SLBC', 'Rupavahini' und 'ITN'. Die Regierung hat zwar angekündigt, die Medien nicht für ihre Zwecke zu mißbrauchen, niemand kann jedoch zur Zeit vorhersagen, wie sie sich im Falle starker öffentlicher Kritik verhalten wird. Ein Berater der neuen Regierung verweist auf die eher negative Stimmung gegen Minoritäten bei der Mehrheit der englisch- und sinhalesisch-sprachigen Presse. Der Frieden hängt jedoch stark vom Verhalten der Medien ab. "Unter diesen Umständen wäre die Regierung schlecht beraten, sollte sie ihren Einfluß auf das 'Lake House' völlig aufgeben wollen."

Der neue Informationsminister Dharmasiri Senanayake ist zur Zeit der beliebteste Politiker der alternativen Presse. Nach der ersten Kabinettsitzung versprach er, sie durch staatliche Anzeigen unterstützen zu wollen.

Das Angebot kommt nicht überraschend. Die Chandrika-Regierung verdankt der alternativen Presse - z.B. 'Yuktiya', 'Ravaya' oder 'Counterpoint' - sehr viel. Die Enthüllungen von Waffengeschäften und Massengräbern während der Wahlkampfzeit fügten der UNP viel Schaden zu.